

# Vergabeunterlagen



**für die Vergabe über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb, Dieselbussen (optional) und Diesel-Reisebussen (optional)**

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einführung .....</b>	<b>4</b>
1.1 Ausgangslage / Ziele .....	4
1.2 Erbetene Angebote .....	6
1.3 Ablauf des Vergabeverfahrens.....	6
<b>2. Bewerbungsbedingungen .....</b>	<b>8</b>
2.1 Grundlagen des Verfahrens .....	8
2.2 Inhalt und Aufbau der Angebote .....	8
2.3 Bietergemeinschaften .....	10
2.4 Änderungen und Korrekturen an den Angeboten.....	10
2.5 Nebenangebote .....	10
2.6 Unklarheiten / Rechtsverstöße / Fragen .....	10
2.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	11
2.8 Nachunternehmer .....	11
2.9 Angebotsfrist und Terminplan .....	12
2.10 Kosten und Entschädigung .....	13
2.11 Geheimhaltung.....	13
2.12 Schutzrechte .....	13
2.13 Vorbehalt der Aufhebung .....	13
2.14 Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen.....	14
2.15 Vergabekammer .....	14
<b>3. Leistungsinhalt.....</b>	<b>16</b>
3.1 Leistungsanforderungen und -umfang .....	16
3.2 Vergütung / Pauschalfestpreis .....	16
3.3 Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen .....	16
3.4 Optimierungsvorschläge .....	16
<b>4. Wertungssystem und Zuschlagskriterien .....</b>	<b>18</b>
4.1 Wertungssystem Rahmenvereinbarung.....	18
4.2 Zuschlagskriterien.....	18

4.2.1 Wertungsrelevanter Angebotspreis.....	20
4.2.2 Lebenszykluskosten .....	20
4.2.2 Technische Qualität .....	20
4.2.4 Qualität des Schulungskonzeptes.....	21
<b>Anlagenspiegel .....</b>	<b>23</b>

# 1. Einführung

## 1.1 Ausgangslage / Ziele

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH (RBM) ist ein kommunales Busunternehmen und als Mobilitätsdienstleister im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Mittelsachsen tätig. Der Unternehmenszweck erstreckt sich dabei auf alle Produkte des Linienverkehrs gemäß §§ 42 und 43 PBefG, sowie auf Leistungen, die vom PBefG freigestellt sind. Zu dieser Mobilitätsdienstleistung zählt der Regionalverkehr, der Stadtverkehr und der freigestellte Schülerverkehr. Darüber hinaus ist die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH im Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48 und 49 PBefG tätig u. a. mit Ausflugsfahrten, im Mietomnibusverkehr oder Schienenersatzverkehr.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH beschäftigt 460 Mitarbeiter und bedient mit einem Fuhrpark von 237 Bussen 173 eigene Linien, davon 121 gemäß § 42 PBefG und 52 gemäß § 43 PBefG. Die Liniennetzlänge beträgt 4.119 km. Auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages werden jährlich ca. 10,0 Mio. Fahrgäste befördert und 12,1 Mio. Fahrplankilometer erbracht.

Im Hinblick auf die Zielsetzung, die Verkehrsleistungen klimafreundlicher zu erbringen, wird die RBM mit Unterstützung durch das Förderprogramm „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr“ batterieelektrische Busse in Mittelsachsen einführen. Die Förderung ist für die Beschaffungsentscheidung der RBM elementar. Die frist- und vertragsgerechte Lieferung ist u.a. für die Inanspruchnahme von Fördermitteln maßgeblich.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb, Dieselbussen (optional) und Diesel-Reisebussen (optional).

Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.01.2027 und endet am 31.12.2030. Die RBM kann den Vertrag zweimal um jeweils zwei Jahre verlängern. Damit endet der Vertrag spätestens zum 31.12.2032. Während der Laufzeit des Vertrages wird die RBM die optionalen Einzelaufträge (Dieselbusse und Diesel-Reisebusse) ggfs. beauftragen.

Die RBM vergibt mit diesem Vergabeverfahren einen Auftrag über die Lieferung von 36 Bussen mit batterieelektrischem Antrieb an den wirtschaftlichsten Bieter. Über die vorgenannten Busse hat die RBM Fördermittel beantragt und bewilligt bekommen. Die entsprechenden Fördermittelbescheide liegen der RBM bereits vor. Leistungsgegenstand ist die Konstruktion, Herstellung, Fertigung und Lieferung (einschließlich Projektierung, Transport, Inbetriebsetzung, Schulung und Dokumentation) der 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb. Die Fahrzeuge unterliegen den Kriterien der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr (BMV), Richtlinien zur Förderung der Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr vom 07. September 2021, novelliert am 18. Juni 2024. Einzelheiten zu den Anforderungen der Busse mit batterieelektrischem Antrieb sind dem Lastenheft (**Anlage 1**) und dem Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) zu entnehmen.

Die 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb sind spätestens bis zum 31.12.2028 an den Auftraggeber zu liefern.

Mit der hiesigen Vergabe werden die in den Vergabeunterlagen ausgewiesenen Dieselbusse sowie Diesel-Reisebusse nicht direkt beauftragt. Diese stellen vielmehr Optionen dar, die über die Vertragslaufzeit von der RBM beauftragt werden können.

Der Auftraggeber wird zudem Angebote zurückweisen, bei denen der Warenanteil zu mehr als 50 Prozent des Gesamtwertes aus Ländern stammt, die nicht Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind und mit denen auch keine sonstigen Vereinbarungen über gegenseitigen Marktzugang bestehen (§ 55 Abs. 1 SektVO). Er wird in der Angebotsphase daher Angaben zur Herkunft der angebotenen Fahrzeuge sowie zum vorgesehenen Fertigungsort verlangen. Keine Drittländer sind alle Staaten der Europäischen Union sowie Island, Lichtenstein und Norwegen (EWR-Staaten), die Schweiz (Abkommen vom 21.06.1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens), Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Singapur, Taiwan sowie die USA (vgl. ABl. EG C 256 v. 3. 9. 1996 GPA, Beschaffungsübereinkommen).

Die Einzelheiten sind insbesondere dem Lastenheft (**Anlage 1**) sowie dem Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) zu entnehmen.

## 1.2 Erbetene Angebote

Die bestmögliche Umsetzung des vorstehend beschriebenen Vorhabens sowie die damit verfolgten Ziele setzen voraus, dass die Angebote die Mindestanforderungen erfüllen, die in diesen Vergabeunterlagen festgelegt sind.

Ausgehend von diesen Vergabeunterlagen, den in den Vergabeunterlagen beschriebenen Gegebenheiten und Mindestanforderungen sowie den beigefügten Unterlagen müssen die Angebote der Bieter insbesondere die in **Kapitel 2**, Ziffer 2.2 näher beschriebenen Unterlagen und Erklärungen enthalten. Für ggf. mögliche Nachforderungen gelten die Vorgaben unter Ziffer 2.2.

Der Leistungsinhalt wird in dem Lastenheft (**Anlage 1**) sowie dem Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) dargestellt.

Für die Angebotswertung benennt **Kapitel 4** die Zuschlagskriterien mit den Grundsätzen zur Wertung der Angebote.

## 1.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

Die RBM führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 13 Abs. 1, § 15 SektVO durch.

In der ersten Stufe des Verhandlungsverfahrens, dem Teilnahmewettbewerb, wählte die RBM die Bewerber nach ihrer Eignung aus. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt mit der Aufforderung der ausgewählten Bieter das eigentliche Verhandlungsverfahren. Die Bieter haben für die Erstellung ihres Erstangebotes die Anforderungen dieser Vergabeunterlagen an die Angebote zugrunde zu legen und in ihre Kalkulation einzubeziehen. Aufgrund der Komplexität der zu erbringenden Leistungen bedarf es entsprechender Verhandlungen.

Die Bieter dürfen bis zum **16.09.2026, 12:00 Uhr**, die abgefragten Erstangebote elektronisch einreichen.

Nach Prüfung und Auswertung der indikativen Erstangebote wird die RBM mit den Bietern, die ein Angebot eingereicht haben, Verhandlungsrunden führen. Die Verhandlungsrunden dienen zur Angebotspräsentation und zur Klärung von Unklarheiten und Nachfragen. Ferner will die RBM mit den Bietern die besonderen Herausforderungen des Projekts erörtern. Außerdem sollen die Bieter etwaige, sich aus dem Entwurf des Vertrags (**Anlage 3, wird zeitnah zur Verfügung gestellt**) ergebende Unklarheiten oder Benachteiligungen benennen, die Gegenstand der Verhandlungsrunden werden. Zudem dürfen die Bieter mit ihrem indikativen Erstangebot Optimierungsvorschläge zum Lastenheft (**Anlage 1**) sowie zum Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) einreichen, die dann in den Verhandlungsrunden besprochen werden können.

Die Verhandlungen mit den Bietern werden voraussichtlich in der KW 40 geführt. Die Bieter müssen sich die genannten Termine vormerken. Die Verhandlungen werden als Hybrid-Veranstaltungen durchgeführt. Einzelheiten hierzu werden im Rahmen der Einladung zu den Verhandlungen bekannt gegeben.

Am Ende des Verhandlungsverfahrens sollen die Bieter letztverbindliche annahmefähige Angebote abgeben. Diese abschließenden Angebote sind zeitgleich auf der Grundlage des ausverhandelten und ausformulierten Vertrags (**Anlage 5**) einzureichen. Sie dürfen keine Vorbehalte enthalten.

Die RBM wird die letztverbindlichen Angebote prüfen und die wertbaren Angebote nach den in Kapitel 4 genannten Zuschlagskriterien mit den dort genannten Grundsätzen werten. Nach Auswertung der letztverbindlichen Angebote informiert die RBM – vorbehaltlich einer vollständigen oder teilweisen Aufhebung des Vergabeverfahrens – die Bieter gemäß § 134 GWB über die geplanten Zuschlagserteilungen und erteilt nach Ablauf der Vorabinformationsfrist den Zuschlag.

## 2. Bewerbungsbedingungen

### 2.1 Grundlagen des Verfahrens

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Bieter teilweise mit den Vorschriften des Vergaberechts nicht oder nicht hinreichend vertraut sind und deshalb eine Vielzahl von Formfehlern begehen. Dies führt aufgrund des anzuwendenden Grundsatzes der Chancengleichheit in der Regel zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes aus formalen Gründen. In diesen Vergabeunterlagen werden daher die wesentlichen Anforderungen an die Angebote der Bieter ausführlich erläutert. Zusätzlich gelten die vergaberechtlichen Bestimmungen, insbesondere des GWB und der SektVO.

Bitte lesen Sie daher diese Bedingungen sorgfältig durch und berücksichtigen Sie diese vollständig bei der Erstellung Ihrer Angebote. Sollten sich gleichwohl Unklarheiten ergeben, nutzen Sie bitte Ihr Fragerecht.

Die RBM vergibt den Auftrag im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens auf der Grundlage von § 13 Abs. 1, § 15 SektVO, dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen einschließlich Anlagen. Zudem wird die RBM für die Bieter, deren Angebote für den Zuschlag vorgesehen sind, gemäß § 6 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) eine Anfrage beim Wettbewerbsregister stellen, soweit dies einschlägig ist.

### 2.2 Inhalt und Aufbau der Angebote

Die Angebote müssen sich auf sämtliche anzubietende Leistungen erstrecken sowie die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen, Erklärungen und Angaben vollständig enthalten.

Die Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen unter Fristsetzung steht im Ermessen der RBM. Die RBM wird ihr Ermessen unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes diskriminierungsfrei ausüben. Die RBM weist hierfür auf § 51 SektVO hin.



Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Die Verfahrenssprache ist deutsch. Das Angebot ist in sämtlichen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Unterlagen, die in einer Fremdsprache eingereicht werden, sind beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzungen beizufügen. Dies gilt auch für Prospekte, Dokumentationen und Handbücher.

Das Einführen von bewerbereigenen AGBs ist **nicht** gestattet. Enthalten die Angebote Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bewerbers oder etwaige Verweise auf diese, führt dies keinesfalls zu deren Geltung: Jegliche Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bewerbers sind nicht Vertragsbestandteil (BGH, Urteil vom 18.06.2019, Az. X ZR 86/17).

Dem Angebot dürfen keine AGB oder weiteren Vertragsbedingungen des Bieters beigelegt sein. Fügt ein Bieter eigene AGB oder Vertragsbedingungen bei, kann dies zum Ausschluss des Angebotes vom Verfahren führen.

Folgende Unterlagen sind mit dem jeweiligen Angebot mindestens einzureichen:

1. Vollständig **ausgefülltes Angebotsformular mit Angaben zu den Zuschlagskriterien** in eingescannter Fassung
2. **Ausgefülltes Lastenheft**
3. **Ausgefülltes Preisblatt**
4. **Schulungskonzept (vom Bieter selbst zu erstellen)**
5. **Ggf. Nachunternehmererklärung**
6. **Ggf. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer**

## 2.3 Bietergemeinschaften

Die nachträgliche Bildung einer Bietergemeinschaft ist unzulässig. Nur wenn sich bereits im Teilnahmewettbewerb eine Bewerber / Bietergemeinschaft gebildet hat und diese Bietergemeinschaft zur Angebotsabgabe aufgefordert wurde, ist die Teilnahme einer Bietergemeinschaft zulässig.

## 2.4 Änderungen und Korrekturen an den Angeboten

Änderungen oder Korrekturen sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

## 2.5 Nebenangebote

Die Abgabe von Nebenangeboten ist unzulässig.

## 2.6 Unklarheiten / Rechtsverstöße / Fragen

Enthalten die Vergabeunterlagen und / oder die den Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstige Informationen Unklarheiten, Fehler oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die RBM unverzüglich, spätestens jedoch vor der Angebotsabgabe, schriftlich darauf hinzuweisen. Die Hinweispflicht gilt entsprechend, wenn Bieter - gleichgültig zu welchem Zeitpunkt - Fehler in den jeweiligen Vergabeunterlagen oder in der Abwicklung des Vergabeverfahrens erkennen oder zu erkennen glauben.

Rügt ein Bieter einen Vergabeverstoß, eine Unklarheit oder eine aufklärungsbedürftige Tatsache nicht, kann er sich auf eine Unklarheit, einen Fehler oder die Verstöße im Rahmen der Vorgaben des § 160 Abs. 3 GWB nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken zu übernehmen und in sein Angebot einzukalkulieren.

Fragen der Bieter sind ausnahmslos schriftlich und **spätestens bis zum 07.09.2026** über die elektronische Vergabeplattform einzureichen.

Die RBM wird ergänzende und berichtigende Angaben in einem Fragen- und Antwortenkatalog zusammenfassen und diesen auf der elektronischen Vergabeplattform veröffentlichen.

Die letzte Aktualisierung des Fragen- und Antwortenkatalogs erfolgt voraussichtlich bis zum **08.09.2026, 20:00 Uhr**. Die Bieter sind verpflichtet, den Fragen- und Antwortenkatalog regelmäßig zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen im Angebot zu berücksichtigen.

## 2.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkung gelten insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, die Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge und andere Preisbestandteile, Zahlungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen, Entrichtungen von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, es sei denn, dass sie nach § 22 GWB zulässig sind. Solchen Handlungen von Bietern stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihnen beauftragt oder für sie tätig sind.

## 2.8 Nachunternehmer

Die Einschaltung von Nachunternehmern ist zulässig. Schaltet ein Bieter Nachunternehmer ein, haftet dieser Bieter als späterer Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Vertrages.

Der Auftraggeber wird Angebote zurückweisen, bei denen der Warenanteil zu mehr als 50 Prozent des Gesamtwertes aus Ländern stammt, die nicht Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind und mit denen auch keine sonstigen Vereinbarungen über gegenseitigen Marktzugang bestehen (§ 55 Abs. 1 SektVO). Er wird in der Angebotsphase daher Angaben zur Herkunft der angebotenen Fahrzeuge sowie zum vorgesehenen Fertigungsort verlangen. Keine Drittländer sind alle Staaten der Europäischen Union sowie Island, Lichtenstein und Norwegen (EWR-

Staaten), die Schweiz (Abkommen vom 21.06.1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens), Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Singapur, Taiwan sowie die USA (vgl. ABl. EG C 256 v. 3. 9. 1996 GPA, Beschaffungsübereinkommen).

Soweit der Bieter Leistungen auf Nachunternehmer übertragen möchte, die er noch nicht in seinem Teilnahmeantrag genannt hat, hat er mit Abgabe des Angebotes zu erklären, welche Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden. Nach Möglichkeit sind die Nachunternehmer bereits jetzt namentlich zu benennen.

Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der RBM zu dem von dieser bestimmten Zeitpunkt diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer vorzulegen.

## 2.9 Angebotsfrist und Terminplan

Die Angebotsfrist für die Erstangebote endet am **16.09.2026, 12:00 Uhr**.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

Für das Verfahren gilt folgender vorläufiger Terminplan, auf den sich die Bieter einzurichten haben:

Verfahrensschritt	Zeitpunkt / Zeitraum
Eingang der indikativen Erstangebote	bis 16.09.2026, 12:00 Uhr
Prüfung der indikativen Angebote	bis 21.09.2026
Verhandlungsrunde mit den Bietern	KW 40 (28.09 – 02.10.2026)
Aufforderung zur Abgabe letztverbindlicher Angebote	09.10.2026

Eingang der letztverbindlichen Angebote	26.10.2026, 12:00 Uhr
Prüfung und Wertung der letztverbindlichen Angebote	bis 04.11.2026
Versand der Vorabinformationsschreiben, § 134 GWB	ab 05.11.2026
Zuschlagserteilung	ab 16.11.2026
Spätester Liefertermin der 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb	Dezember 2028

## 2.10 Kosten und Entschädigung

Die Bieter erhalten für ihre Teilnahme an diesem Vergabeverfahren keine Entschädigung und müssen ihre Kosten selbst tragen.

## 2.11 Geheimhaltung

Alle Unterlagen, die den Bietern im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren zur Verfügung gestellt werden, dürfen ohne Zustimmung der RBM nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch für alle vom Bieter im Zusammenhang mit diesem Vorhaben etwa beauftragte Dritte, insbesondere für Nachunternehmer.

## 2.12 Schutzrechte

Im Angebot ist anzugeben, ob für dessen Inhalt gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

## 2.13 Vorbehalt der Aufhebung

Die RBM behält sich vor, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aus wichtigem Grund aufzuheben. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Gremien der RBM der Auftragsvergabe nicht zustimmen.

## 2.14 Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen

Nach dem GWB haben die Verfahrensbeteiligten im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften der Angebote erteilen lassen (vgl. § 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, geboten ist (vgl. § 165 Abs. 2 GWB).

Nach § 165 Abs. 3 GWB hat jeder Beteiligte mit Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in Unterlagen deutlich kenntlich zu machen. Bieter haben ihre Geschäftsgeheimnisse bereits im Angebot zu kennzeichnen, ggf. durch Einreichen einer separaten Aufstellung über die zu schützenden Informationen und Unterlagen mit Seitenangabe. Fehlt eine deutliche Kennzeichnung, ist von der Zustimmung des Bieters zur Einsichtnahme im Sinne von § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.

## 2.15 Vergabekammer

Zuständig für Nachprüfungsverfahren ist die:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen  
PF 10 13 64  
04013 Leipzig

Telefon: +49 341 977 - 3800

Fax: +49 341 977 - 1049

E-Mail: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

[https://www.lds.sachsen.de/?ID=4421&art\\_param=363](https://www.lds.sachsen.de/?ID=4421&art_param=363)

Hinweis zur Geltendmachung von Vergaberechtsverstößen vor der Vergabekammer:

Die RBM weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nur zulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber der Vergabestelle innerhalb von spätestens 10 Tagen gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der EU-Bekanntmachung genannten Teilnahmefrist oder der in den Vergabeunterlagen jeweils benannten Frist zur Abgabe der Angebote gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,
4. der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt wird.

Weitere Einzelheiten können § 160 GWB entnommen werden.

## 3. Leistungsinhalt

### 3.1 Leistungsanforderungen und -umfang

Die RBM beauftragt den Auftragnehmer mit der Lieferung der geforderten 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb. Die technischen Spezifikationen der zu liefernden Busse mit batterieelektrischem Antrieb sind insbesondere dem Lastenheft (**Anlage 1**) und der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2**) zu entnehmen. Die Lieferung der in den vorgenannten Unterlagen genannten Dieselbussen und Diesel-Reisebussen erfolgt optional. Ein Anspruch auf Abnahme der vorgenannten Dieselbusse und Diesel-Reisebusse besteht bieterseits nicht.

### 3.2 Vergütung / Pauschalpreis

Der Auftragnehmer erhält für seinen Leistungen den in seinem letztverbindlichen Angebot angebotenen Pauschalpreis. Die Einzelheiten zur Vergütung etwaiger Leistungsänderungen etc. sind dem Vertrag mit Vertragsanlagen (**Anlage 5**) zu entnehmen.

### 3.3 Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen

Der Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen (**Anlage 5**) ist für die jeweilige Angebotsabgabe zwingend zu beachten. In den Verhandlungsrunden dürfen die Bieter etwaige Änderungsvorschläge einbringen. Für die letztverbindlichen Angebote wird die RBM einen einheitlichen Vertrag mit Vertragsanlagen vorgeben, den alle Bieter zwingend ihrem letztverbindlichen Angebot zu Grunde legen müssen. Der Vertrag mit Vertragsanlagen wird im Laufe des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt.

### 3.4 Optimierungsvorschläge

Die Bieter dürfen mit ihrem indikativen Angebot auf gesonderter Anlage Optimierungsvorschläge zum Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen (**Anlage 5**) sowie zu den übrigen Unterlagen einbringen. Die Bieter sollen dabei möglichst die wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile der vorgeschlagenen Änderung darstellen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung besteht nicht.



Für die letztverbindliche Angebotsabgabe gilt der von der RBM vorgegebene Vertrag mit Vertragsanlagen (**Anlage 5**), um die Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten.

## 4. Wertungssystem und Zuschlagskriterien

### 4.1 Wertungssystem

Die RBM wird die fristgerecht eingereichten letztverbindlichen Angebote in diesem Vergabeverfahren prüfen und werten. Dabei wird sie die Angebote zunächst formal prüfen, d.h. sie auf Vollständigkeit bzw. Abweichungen von den Anforderungen aus den Vergabeunterlagen kontrollieren. Erfüllt ein Angebot nicht die Anforderungen bzw. die zwingenden Vorgaben aus den Vergabeunterlagen, wird es in der Regel ausgeschlossen.

Zudem wird die Angemessenheit der Preise untersucht. Die wirtschaftliche Auswertung erfolgt anhand der nachbenannten Zuschlagskriterien.

Die RBM behält sich ausdrücklich vor, die Zuschlagskriterien mit ihren Erläuterungen und Gewichtungen im Rahmen des Verfahrens - soweit im Interesse eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sinnvoll und rechtlich zulässig - zu präzisieren. Insbesondere kann er Unterkriterien bilden und einzelne Kriterien streichen oder diese durch zusätzliche Mindestanforderungen einengen und verändern, wenn und soweit die damit verbundenen Anforderungen an die Angebote für alle Bieter einheitlich verbindlich vor Angebotsabgabe vorgegeben werden.

Die wirtschaftliche Auswertung erfolgt anhand der unten benannten Zuschlagskriterien.

Der Bieter, der die höchste Gesamtpunktzahl nach den unten benannten Zuschlagskriterien erhält, wird mit der Lieferung der 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb beauftragt.

### 4.2 Zuschlagskriterien

Die RBM wird die Angebote anhand der nachbenannten Zuschlagskriterien unter Berücksichtigung der angegebenen Wertungspunkte und Gewichtungen bewerten.

Zuschlagskriterium	Unterkriterium	Punktzahl	Gewichtung	max. Ergebnis	Bewertung in Punkten prozentual
<b>Angebotspreis Busse (netto)</b>	<p>Gewertet wird der Angebotspreis für die anzubietenden Busse (netto) gemäß Preisblatt.</p> <p>Zur Ermittlung der Punktzahl wird der niedrigste Wert mit dem Faktor 50 multipliziert und durch den jeweiligen Wert des Bieters dividiert. Das so ermittelte Punkt-Ergebnis wird bis zur ersten Nachkommastelle nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rundung gerundet. Maximal sind 50 Punkte erreichbar.</p>			50	<b>50 %</b>
<b>Lebenszykluskosten</b>	<p>Gewertet werden die Lebenszykluskosten (LCC). Die Bewertung des Kriteriums „Lebenszykluskosten (LCC)“ geht mit insgesamt 20 % in die Gesamtbewertung der Angebote ein. Im Rahmen des Zuschlagskriterium „Lebenszykluskosten (LCC)“ können maximal 20 Punkte erreicht werden.</p>			20	<b>20 %</b>
<b>Technische Qualität</b>	<p>Gewertet wird die technische Qualität gemäß Lastenheft. In dem Lastenheft sind „Soll“-Kriterien mit Punkten dargestellt. Wenn ein Angebot das jeweilige „Soll“-Kriterium erfüllt, erhält es die dargestellte Punktzahl. Die Höchstpunktzahl in dem Lastenheft entspricht einer maximalen Bepunktung von 20.</p>			20	<b>20 %</b>
<b>Schulungskonzept</b>	Überzeugende Darstellung des Schulungskonzeptes.			10	<b>10 %</b>

### 4.2.1 Wertungsrelevanter Angebotspreis

Für dieses Zuschlagskriterium wird der Angebotspreis (netto) für die zu liefernden Busse gewertet.

Der niedrigste wertungsrelevante Angebotspreis (netto) erhält 50 Wertungspunkte. Alle übrigen Angebote werden gemäß der nachstehenden Formel miteinander ins Verhältnis gesetzt:

$$\text{Wertungspunktzahl Angebot} = \frac{\text{Wert.relev. Angebotspreis netto des niedrigsten Angebotes} \times 50}{\text{Wertungsrelevanter Angebotspreis netto Angebot}}$$

Die so ermittelte Punktzahl wird nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rundung bis auf die erste Nachkommastelle gerundet. Maximal sind 50 Wertungspunkte erreichbar.

### 4.2.2 Lebenszykluskosten

Gewertet werden die Lebenszykluskosten (LCC). Die Bewertung des Kriteriums „Lebenszykluskosten (LCC)“ geht mit insgesamt 20 % in die Gesamtbewertung der Angebote ein. Im Rahmen des Zuschlagskriterium „Lebenszykluskosten (LCC)“ können maximal 20 Punkte erreicht werden.

### 4.2.2 Technische Qualität

Gewertet wird die technische Qualität gemäß Leistungsverzeichnis. In dem Lastenheft sind „Soll“-Kriterien mit Punkten dargestellt. Wenn ein Angebot das jeweilige „Soll“-Kriterium erfüllt, erhält es die dargestellte Punktzahl. Die Höchstpunktzahl in dem Lastenheft entspricht einer maximalen Bepunktung von 20 Punkten. Geringere Bepunktungen in dem Lastenheft werden entsprechend ins Verhältnis gesetzt.

## 4.2.4 Qualität des Schulungskonzeptes

Jedes Angebot kann maximal 20 Wertungspunkte für die Qualität des Schulungskonzeptes erhalten.

Das Konzept darf maximal einen Umfang von sechs Seiten DIN A4 (Schriftgröße mind. 11 pt, Zeilenabstand 1,5) haben. Bei umfassenderen Konzepten wird die RBM nur die ersten sechs Seiten für die Wertung einbeziehen.

Die Qualität des Schulungskonzeptes wird anhand der folgenden Inhalte bewertet:

Basis der Wertung des Schulungskonzeptes des Bieters ist eine kurze und prägnante Beschreibung der Ausbildung von Multiplikatoren für die Fahrerschulung und die intensive Ausbildung des Werkstattpersonals. Die Schulung des Fahrpersonals soll sicherstellen, dass das Fahrpersonal optimal auf den Betrieb von Elektrobussen vorbereitet ist. Ziel ist die sichere, effiziente und ressourcenschonende Nutzung der Fahrzeuge unter Berücksichtigung aller relevanten technischen und betrieblichen Aspekte. Die Schulung des Werkstattpersonals zielt darauf ab, umfassend auf die Wartung, Diagnose und Reparatur von Elektrobussen vorzubereiten. Insbesondere sollen die Mitarbeitenden für die Arbeit an Hochvoltssystemen sensibilisiert und befähigt werden, sicher und effizient mit der Technologie umzugehen. Besonders sollte es Werkstattmitarbeitern ermöglicht werden Standardbuskomponenten (Bremsen, Türen, etc.) instand zu setzen und zu warten.

Die RBM wird die Konzepte wie folgt bewerten:

Bewertung Schulungskonzept	Beschreibung	Punkte
Sehr gute Qualität	In allen Belangen deutlich über dem Durchschnitt liegende Darstellung ohne Schwächen.	20 Punkte

Gute Qualität	In allen Belangen über dem Durchschnitt liegende Darstellung. Die Ausführungen sind größtenteils vollständig, nachvollziehbar und widerspruchsfrei.	16 Punkte
Befriedigende Qualität	Die Darstellung genügt den durchschnittlichen Anforderungen und enthält keine wesentlichen Schwächen.	12 Punkte
Ausreichende Qualität	Die Darstellung genügt den Anforderungen. Sie enthält aber wesentliche Schwächen.	8 Punkte
Mangelbehaftete Qualität	Nur in Teilen den Anforderungen genügende Darstellung mit deutlichen Mängeln.	4 Punkte
Ungenügende Qualität	Inhaltlich unzureichende Darstellung.	0 Punkte

## Anlagenspiegel

- Anlage 1:** Lastenheft
- Anlage 2:** Leistungsverzeichnis
- Anlage 3:** ggfs. Nachunternehmererklärung
- Anlage 4:** ggfs. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
- Anlage 5:** Vertrag über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb
- Anlage 6:** Preisblatt, wird zeitnah zur Verfügung gestellt
- Anlage 7:** Angebotsformular, wird zeitnah zur Verfügung gestellt